

10

Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 22.05.2023 zur Armutsquote in Lüdenscheid:

Die Fraktion Die Linke bezieht sich in ihrer o. g. Anfrage auf die Beantwortung der Anfrage im Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie am 14.03.2023 zur Armutsquote in Lüdenscheid und bittet um ergänzende Ausführungen.

In der Beantwortung der Anfrage vom 21.02.2023 wurde bereits verdeutlicht, dass der Stadt Lüdenscheid kein verlässliches Datenmaterial - insbesondere keine Daten über das durchschnittliche mittlere Einkommen der Lüdenscheider Bevölkerung - zur Ermittlung der Armutsquote in Lüdenscheid zur Verfügung steht. Unter Verwendung des vorhandenen Zahlenmaterials für Lüdenscheid wurde daraufhin der Schwerpunkt auf die aus Sicht der Verwaltung ebenso aussagekräftige sog. Mindestsicherungsquote gelegt. Diesbezüglich wird inhaltlich auf die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke in der Sitzung des Ausschusses für Demografie und Sozialplanung am 14.03.2023 verwiesen.

Die Fraktion Die Linke geht in ihrer aktuellen Anfrage von einer hypothetischen Armutsquote in Lüdenscheid von ca. 20 % aus, indem sie Zahlenmaterial des Bundes sowie des Landes NRW und Bremen für Lüdenscheid zugrunde legt, was seitens der Verwaltung ohne Vorliegen belastbaren Datenmaterials nicht nachvollzogen werden kann. Die Verwaltung wird sich an derartigen Spekulationen nicht beteiligen.

Unabhängig von der statistischen Fragestellung verweist die Verwaltung zu ihren diesbezüglichen Aktivitäten zum einen auf die Vorlage 067/2023 „Bericht über den laufenden Fortschreibungsprozess des städtischen Demografiekonzeptes“ im Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie. Hier wird insbesondere auf die Ankündigung einer erweiterten Schwerpunktsetzung *Armut* im nächsten Basisbericht für das Jahr 2023 Bezug genommen.

Des Weiteren verweist die Verwaltung auf die Vorlage 096/2023 „Billigkeitsleistung Stärkungspakt NRW“, wonach der Einsatz der zu verteilenden Mittel der Aufrechterhaltung des Betriebes von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und dem erhöhten Bedarf der Inanspruchnahme von Beratungs- und Hilfsangeboten dienen soll.

Darüber hinaus findet seit diesem Jahr eine regelmäßige Berichterstattung an den Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie aus den verschiedenen Bereichen der Sozialen Hilfen statt.

gez. Kessler